

AL Info¹ / 23

- 3 Im Wahlkreis Zürich 4 und 5 tritt die AL mit einer reinen Frauenliste mit Lisa Letnansky an der Spitze an! Redaktionsmitglied Andrea Leitner stellt die Liste vor.
- 6 Stadtparlamentarierin Sarah Casutt schreibt über die Polizei in Winterthur und fehlende Antworten des Stadtrats.
- 8 Stipendienskandal bei der Bildungsdirektion. Wo bleiben die finanziellen Hilfen für Studierende? Der "Züri pennt"-Blog von Regierungsratskandidatin Anne-Claude Hensch.

AZB
CH-8004 Zürich
Post CH AG

Züri pennt - AL rennt!

Noch ein Monat bis zum Wahltag! Am 12. Februar wählen wir Kantons- und Regierungsrat neu. Wie werden die Kräfteverhältnisse in der neuen Legislatur sein? Kann die Klimaallianz aus SP, Grünen, GLP, EVP und AL ihre knappe Mehrheit halten oder gar ausbauen? Wird es Veränderungen im Regierungsrat geben? Kann die AL um einen Sitz wachsen?

Von den sechs bisherigen AL-Kantonsrät:innen kandidieren fünf erneut. Markus Bischoff, der die Fraktion stark geprägt hat, tritt nach 16 Jahren nicht mehr an. Für ihn kandidiert Lisa Letnansky auf Platz 1 im Wahlkreis 4/5. Lisa arbeitet als Dramaturgin im Theater Gessnerallee und ist Mitglied im AL-Vorstand (mehr dazu auf Seite 3). Besonderes Augenmerk legen wir auf den Wahlkreis 3/9. Den 2019 hinzugewonnenen zweiten Sitz wollen wir unbedingt verteidigen. Mit Melanie Berger und Nicole Wyss politisieren hier zwei Frauen mit fundierten Dossierkenntnissen für die AL. Schafft Anne-Claude Hensch die Wahl in den Regierungsrat, steht mit Gianna Berger eine tolle Kandidatin auf Platz zwei bereit. Neben den Bisherigen aus der Stadt Zürich und Winterthur stehen auf allen Spitzenplätzen in der Stadt und den Landbezirken politisch profilierte Persönlichkeiten. Gelingt es uns erstmals, in einem Landbezirk ausserhalb von Zürich und Winterthur einen Sitz zu erobern? Mehr über unsere Spitzenkandidat:innen erfährst du auf den nächsten Seiten.

Mit zwei Dritteln stellt die AL-Fraktion den grössten Frauen*anteil im Kantonsrat. Auf den Wahllisten stehen Frauen* auf den vorderen Plätzen. Es ist ein

bewusster Entscheid des Vorstandes, den Frauen*anteil im Parlament zu erhöhen, um der Gleichstellung näher zu kommen. Gleichzeitig wollen wir die linke Stimme im bürgerlich dominierten Kantonsrat stärken. «Faire Mieten? Züri pennt», «Gerechte Steuern? Züri pennt», «Zahlbare Kitas? Züri pennt», «Prämienexplosion? Züri pennt». Diese Slogans prangen auf den Plakaten, die zur Wahl der AL aufrufen. Das sind nicht bloss Wahlparolen. Dahinter stehen konkrete Aktionen der Alternativen Liste.

Unsere Regierungsratskandidatin Anne-Claude Hensch spricht die AL-Themen im Wahlkampf klar und deutlich an. Etwa die skandalöse Missachtung der Kinder- und Menschenrechte im Umgang mit den unbegleiteten Minderjährigen im Zentrum Lilienberg. Anne-Claude fordert einen Ausbau der «sozialen Infrastruktur», um allen im ganzen Kanton gleiche Lebenschancen zu ermöglichen. Für einen Change braucht es Menschen, die mit innovativen Ideen die brennenden Themen anpacken. Anne-Claude Hensch kann das.

Kantonale Wahlen lösen bei vielen wenig Begeisterung aus, die Beteiligung ist notorisch tief. Gerade darum spielt die Mobilisierung eine entscheidende Rolle. Wir brauchen jede Stimme, egal in welchem Wahlkreis. Eine Stimme für die AL ist nie verloren, denn für die Sitzverteilung zählt das Ergebnis im ganzen Kanton. Hilf auch du mit. Mach Werbung in deinem Umfeld für die Liste 8 und Anne-Claude in den Regierungsrat!

Isabel Maiorano, AL-Vorstand



Die Wahlplakate der AL

Parolen

Wahlen vom **12. Februar 2023:**

KANTON

Kantonsratswahlen

Liste 8 in allen Wahlkreisen!

Regierungsratswahlen

Anne-Claude Hensch (AL), Martin Neukom (Grüne), Jacqueline Fehr (SP) und Priska Seiler Graf (SP)

Termine

Donnerstag, 19. Januar: AL-Palaver, Comedyhaus, 18:30 Uhr. Apéro und Polit-Talk mit Kantonsrätinnen Melanie Berner und Nicole Wyss.

Dienstag, 31. Januar: AL-Vollversammlung, Gemeinschaftsraum Hellmi-Siedlung, 19.00 Uhr.

Sonntag, 12. Februar: Am Vormittag Liste 8 und Anne-Claude Hensch wählen und am Nachmittag mit uns feiern! Wir treffen uns ab 15.00 Uhr in der Mars Bar zur Wahlfeier. Wir bieten: Wahlanalysen, Interviews mit den Kandidierenden und Mezze-Buffer.

Alle aktuellen AL-Termine sind jeweils online abrufbar auf unserer Homepage unter: www.al-zh.ch

Impressum

Alternative Liste (AL) Molkenstr. 21, 8004 Zürich, www.al-zh.ch

Sekretariat Dafina Gash, Zoe Lehmann, Molkenstr. 21, 8004 Zürich sekretariat@al-zh.ch

Tel. 044 242 19 45 / 076 577 45 19

Erscheint 4 bis 6 mal jährlich

Auflage/Druck 2000 Ex.,

Oesch Reliefdruck AG

Layout Dafina Gash, Zoe Lehmann,

Redaktion Dafina Gash, Zoe Lehmann, Lisa Letnansky, Andrea Leitner, Rosa Maino, Niklaus Scherr, Christina Schiller

AL-Info ist das offizielle Publikationsorgan der Alternativen Liste. Der Abonnementspreis von CHF 10.- ist im Mitgliederbeitrag enthalten.

Die AL und die Agglo

Die AL ist stark auf die beiden urbanen Zentren Zürich und Winterthur konzentriert. In Dietikon ist die AL Limmattal, in Wetzikon die assoziierte Alternative Wetzikon (AW) im Gemeindeparlament vertreten und im Bezirk Horgen gibt es eine AL-Sektion. Das wars.

In unseren beiden städtischen Hochburgen haben wir bei den Kantonsratswahlen 2019 auch das Gros der Stimmen und alle Sitze geholt. Rund zwei Drittel kamen aus Zürich, ein Zehntel aus Winterthur. Ein Viertel der insgesamt 9'593 Wähler:innenstimmen steuerten die 11 Land-Wahlkreise bei. Bei den Stimmberechtigten ist es gerade umgekehrt: Ein Drittel entfällt auf Zürich und Winterthur, zwei Drittel auf die Landbezirke. Das Stimmgefälle ist markant: 2019 erzielten wir in Zürich 7.37%, in Winterthur 3.98% und in den 11 Land-Wahlkreisen 1.23%. Bei den Mitgliedern ist das Verhältnis noch krasser: nur jedes sechste AL-Mitglied wohnt ausserhalb von Zürich und Winterthur.

Die Agglo ist eindeutig einer unserer Schwachpunkte. Zugleich haben wir hier 2019 am stärksten zugelegt. Für einen Sitz waren 2019 kantonal 1'663 Wähler:innen erforderlich; mit 2'418 AL-Stimmen kam die Agglo auf ein Potenzial von anderthalb Sitzen. Wegen des immer noch tiefen Stimmenanteils reichte es zwar in keinem

Land-Wahlkreis für einen Sitz, doch dem Zuwachs verdanken wir den Gewinn des zweiten Sitzes im Stadtzürcher Wahlkreis 3+9.

Will die AL 2023 oder 2027 einen Nationalratssitz erobern, muss sie unbedingt in der Agglo stärker Fuss fassen. Mit dem Referendum gegen den Gestaltungsplan Lägerstrasse der Swiss Life haben wir die bisher auf Zürich konzentrierte Debatte über Mindestanteile an preisgünstigem Wohnraum bei höherer baulicher Ausnutzung in die Boomregion Limmattal getragen. Für Lokal- und Bezirkssektionen fehlt es im Allgemeinen an der kritischen Masse. Trotzdem: Auch einzelne lokale Aktivistinnen und Aktivisten können etwas bewirken und der AL vor Ort Präsenz verschaffen. Ein kleiner Testlauf waren die Vorstösse für Energiekostenzulagen an Bezüger:innen von AHV/IV-Ergänzungsleistungen an den Budget-Gemeindeversammlungen vom Dezember 2022, mit überraschendem Erfolg in Urdorf und Uetikon am See. Hier besteht klar Ausbaupotenzial für weitere lokale Aktionen, für Vernetzung und Meinungsaustausch zwischen einzelnen AL-Aktivist:innen im ganzen Kanton.

Niggi Scherr, AL-Redaktionsmitglied



Politisiert über die Stadtgrenze hinaus: die Kantonsratsfraktion der AL beim gemeinsamen Bier nach der Budgetdebatte

Fünf Frauen für den Wahlkreis 4/5

Den Anbieter:innen von Hochpreis-Wohnungen, die sich in den Kreisen 4 und 5 immer dreister breit machen, ist es schnurzug egal, wenn sie genau das zerstören, was sie in ihren Annoncen immer noch blumig anpreisen, nämlich die «bunte und multikulturelle» Umgebung mit ihrem hohen Ausländer:innenanteil, der für eine «grosse Auswahl an internationalen Restaurants» sorgt.

Die Quadratmeterpreise für Wohnraum im Gebiet der Langstrasse gehören heute zu den höchsten der Stadt. 40% der ansässigen Bewohnerschaft verdient nicht einmal halb so viel wie der gesamtstädtische Durchschnitt. Was diese Diskrepanz bewirkt, ist soziale Entmischung auf Raten und damit einhergehend eine Gentrifizierung, die den urbansten Stadtteil Zürichs bald ganz «verdörflicht». Ein bürgerlich dominierter Kanton will dieser Entwicklung sicher nicht Einhalt gebieten, und unsere Stadtregierung aus diversen Gründen ebenfalls nicht, wenn sie ehrlich ist.

Nichts für Landeier! Oder doch?

Auch darum braucht es die fünf Frauen, die für den Wahlkreis 4/5 in den Ring steigen. Sie sind allesamt Verfechterinnen von echt gelebter Urbanität mit allem Drum und Dran, denn Urbanität ohne Diversität gibt es nicht. Sie sind der Überzeugung, dass sich der Einsatz für den Erhalt von zusammengewürfelten Gemeinschaften, wie wir sie in den Kreisen 4 und 5 haben, lohnt und sich im Endeffekt für die gesamte Gesellschaft auszahlt. Denn Diversität, in der alle gleichberechtigt vor- und unterkommen, tut allen gut. Dafür müssen, was die Fundamente der Existenz angeht, die Weichen richtig gestellt sein: Wohnraum, Bildung, medizinische Versorgung, soziale Auffangnetze müssen allen, unabhängig von Alter, Herkunft, Einkommen, Geschlecht oder Aufenthaltsstatus zugänglich sein. Auch an gleichen Rechten für alle muss konstant gearbeitet werden. Als Frauen sind sie sich dessen bewusst, ebenso wissen sie, was es heisst, wenn man berufstätige Mutter, queer oder PoC ist oder ausländische Wurzeln hat.

Geballte Kompetenz

Mit Hinblick auf den Kantonsrat ist ebenso wichtig, dass sich mit dieser Frauenliste eine geballte Ladung an Berufserfahrung präsentiert, von der auch ein Parlament nur profitieren kann. Lisa Letnansky engagiert sich seit Jahren im AL-Vorstand. Sie ist als Dramaturgin in der eher jüngeren und politisch ausgerichteten Zürcher Tanz-, Theater- und Kultur-



Lisa Letnansky und Christina Schiller

szenen gut vernetzt und setzt sich an der Gessnerallee Zürich für mehr Diversität und für gute Arbeitsbedingungen für Kunstschaffende ein. Christina Schiller ist Sekundarlehrerin und verfügt als ehemalige Gemeinderätin über solides Wissen im Umgang mit den Mitteln der institutionellen Politik und besonders in Finanz-, Sicherheits- und Grundrechtsfragen. Evelyne Zürcher hat in Life Sciences doktoriert und bringt u.a. Berufserfahrung in der Umsetzung von Kreislaufwirtschaft mit. Rahel Nüssli, ehemaliges Vorstandsmitglied der AL, ist als Soziologin und Stadtforscherin in Zürich immer wieder eine gefragte Person. Sie kennt sich mit urbanen Zentren aus, weiss aber auch, was es für eine lebenswerte Agglomeration braucht. Rahel El-Maawi ist Dozentin für Soziokultur und Beraterin für diversitätsorientierte Organisationsentwicklung. Sie ist Mitbegründerin eines Netzwerks für schwarze Frauen und Co-Autorin von «No to Racism» (siehe Buchempfehlung rechts).

Face-to-face

Wer die Frauen noch nicht persönlich kennt, kann am AL-Neujahrsapéro (der übrigens von den beiden Spitzenkandidatinnen ausgerichtet wird) die Gelegenheit wahrnehmen, sich ungezwungen unter anderem auch mit ihnen auszutauschen. Ferner ist im Januar ein «Perspektivwechsel»-Spaziergang durch den Wahlkreis 4/5 geplant. Wie würden wir uns in der Stadt bewegen, wenn wir Sans-Papiers wären oder obdachlos, wenn das Geld für den Einkauf im Supermarkt fehlt oder wir uns mit Sexarbeit über Wasser halten?

Portrait: Andrea Leitner, AL-Redaktionsmitglied

AL-Buchtipps:



Rosa Maino empfiehlt: Rahel El-Maawi, Mani Owzar, Tilo Bur, No to Racism - Grundlagen für eine rassismuskritische Schulkultur, 2022, HEP-Verlag. ISBN:

978-3-0355-2164-1. Das äusserst ansprechend, übersichtlich und klug gestaltete Buch bietet einen idealen Einstieg in rassismuskritisches Denken und Agieren. Als Grundlagenwerk richtet es sich in erster Linie an Schulkolleg:innen. Dank Begriffserklärungen, historischen Kontextualisierungen und Reflexionsfragen, die am Ende jedes Kapitels rassismuskritisches Handeln anregen, vermittelt es elementare Erkenntnisse und Anleitungen, die durchaus für alle Menschen interessant sind. Unmissverständlich und mit konkreten Vorschlägen plädiert «No to Racism» dafür, dass Schulen auf institutioneller Ebene rassismuskritische Kultur fördern, Unterrichtsmaterialien auf rassistische Inhalte überprüfen und überhaupt in den Klassen erst einmal über Rassismus zu reden beginnen. Ernüchternd, wie wenig Schulen in der Schweiz bislang rassismusbetroffene Schüler:innen im Blick haben. Und wie gut, wenn sich das nun mit diesem Buch ändert.



Und: Kathleen Collins, Whatever Happened to Interracial Love, 2016, Ecco. ISBN: 978-0062484154. Die posthum erschienenen Kurzgeschichten von

Kathleen Collins sind Momentaufnahmen aus dem New York der 60er-Jahre. Das Ende des Schwarz-Weiss-Denkens scheint zum Greifen nahe, die Liebe zwischen Menschen unterschiedlicher Hautfarbe möglich. In Close-ups, mit harten Schnitten und guten Dialogen lernen wir die jeweiligen Protagonist:innen mit den sie bewegenden Themen wie Rassismus, Sexualität, Konformität und Widerstand kennen. Die atmosphärisch dichten Erzählungen beschwören die verheissungsvolle Aufbruchstimmung herauf und lassen eine wenig bekannte, aber reife literarische Stimme erkennen – selbstbewusst, emotional intelligent und humorvoll. 2018 ist Collins' Erzählband unter dem Titel «Nur einmal» im Kampa Verlag erstmals auch in Deutsch erschienen. Eine wertvolle Entdeckung.



Als gelernter Forstwart weiss ich leider, dass die dramatischen Folgen der Klimaerwärmung hier und jetzt bereits spürbar sind. Für mich ist klar: sozial gerechter Klimaschutz ist Pflicht!

Björn Müller, 2002, Winterthur Land



Ich habe drei Hauptziele: 1. Den Ausbau der sozialen Infrastruktur und gleiche Lebensbedingungen und Lebenschancen im ganzen Kanton. 2. Die Respektierung der Grundrechte aller Menschen, unabhängig von Herkunft, Pass und Geschlecht. Last but not least die Gleichstellung: Lohnungleichheit muss bekämpft, die Arbeitszeit markant reduziert werden, um bezahlte und unbezahlte Arbeit gerechter zu verteilen.

Anne-Claude Hensch, 1966, Zürich 11+12, bisher



Zurzeit arbeite ich als Biomedizinische Analytikerin im Stadtspital Triemli. Im Kantonsrat möchte ich die Anliegen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen einbringen, die dort unterrepräsentiert sind.

Rose Wellmann, 2002, Zürich 6+10



Eine andere Gesellschaft ist möglich. Daran glaube ich, dafür kämpfe ich: als Kantonsrätin, als Mutter, als Gewerkschafterin. Ich will eine solidarische Gesellschaft, die Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben, eine sozial gerechte Klimapolitik, mehr gemeinnützigen Wohnraum, einen starken Service Public. Und Umverteilung von oben nach unten: Wer viel hat, bezahlt mehr an die gesellschaftlichen Kosten.

Melanie Berner, 1981, Zürich 3+9, bisher



Die Landwirtschaft muss mehr in den Alltag der Menschen einbezogen, Direktvermarktung einfacher werden. So bekommen Bäuerinnen und Bauern mehr für ihre Produkte und weite Handelswege können vermieden werden.

Evelyn Funkhouser, 1980, Uster



Beim Klima fehlen die Visionen und der Mut, sich auch den unangenehmeren Fragen zu stellen, die sozial relevant sind oder Verzicht erfordern. Beim Verkehr gibt es nicht nur in den Städten Probleme, hier pennt der Kanton auch auf dem Land: Bis heute verfügen viele grössere Ortschaften nur über eine stündliche Busanbindung, obwohl alle S-Bahnen im Halbstundentakt verkehren.

Manuel Sahli, 1988, Winterthur Stadt, bisher



Bei meiner Arbeit in der Psychiatrie treffe ich täglich auf verletzte Menschen und erlebe den Pflegenotstand hautnah. Hier braucht es dringend mehr Ressourcen und Unterstützung.

Gianna Berger, 1999, Zürich 11+12



Das Unterland darf nicht weiter als Abfalldeponie des Kantons benützt werden. Fluglärm, Jagdschiessanlage und nun das Tiefenlager sind schon mehr als genug. Wir müssen den Ausbau des Strassennetzes stoppen, denn neue Strassen ziehen nur noch mehr Verkehr an. Der Langsamverkehr soll bei der Verkehrsplanung in den Gemeinden an vorderster Stelle stehen. Tempo 30 ist möglichst flächendeckend einzuführen.

Jürg Leimbacher, 1955, Bülach



Züri pennt, packen wir's an! Beim Mieterschutz, bei Prämienverbilligung, bei bezahlbaren Kita-Plätzen. Kampf gegen die Klimaerwärmung heisst auch auf unnötige Abbrüche wie beim alten Kispi zu verzichten.

Mischa Schiwow, 1961, Zürich 7+8



Ich versuche, in der städtisch geprägten AL den speziellen Blickwinkel der Landbezirke einzubringen, und mache mich dafür stark, dass die Agglomeration nicht vergessen geht.

Stefan Bolz, 1959, Dietikon



Sparen bei Bildung und Gesundheit ist ein No-Go. Als Schulpflegerin, Mutter von zwei schulpflichtigen Kindern und Kantonsrätin erfahre ich tagtäglich, dass Volksschule und Gesundheitswesen nur mit genügend Ressourcen und guten Arbeitsbedingungen funktionieren. Mangel an Fachpersonen hat gerade hier fatale Folgen. Vorangehen muss es auch mit der Gleichstellung und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.



Gleichstellung jetzt! Wir brauchen Care- und Elternzeit für alle. Damit beide Elternteile die Erziehungsarbeit gleich wahrnehmen können, setze ich mich für eine 32-Stunden-Woche ein.

Natalie Eberle, 1967, Zürich 3+9



Ich setze mich als Gewerkschafterin für gute Arbeitsbedingungen von Medienschaaffenden ein. In der Politik gebe ich älteren Frauen, die im Kantonsrat unterrepräsentiert sind, eine Stimme. Seit 2011 engagiere ich mich als Kantonsrätin für eine gleichberechtigte Gesellschaft, für ein vielfältiges Kulturleben, für bezahlbare Kitas und für eine sozialverträgliche Umsetzung der Klimapolitik.

Judith Stofer, 1959, Zürich 6+10, bisher



Ich engagiere mich für Menschen, die von der Gesellschaft vergessen werden. Tragbare Lebenskosten, Chancengerechtigkeit und Gleichstellung: Für diese Ziele stehe ich auch täglich in meinem Beruf als Betreuer ein.

Florian Schweizer, 1982, Horgen



Die Revolution wird nicht motorisiert, rassistisch, homophob, sexistisch oder in irgendeiner anderen Form unterdrückend oder destruktiv sein. Wahrscheinlich kommt sie mit dem Velo, pflanzt, tanzt und tauscht gerne. Diesen Geist in die Politik zu tragen, braucht viel Ausdauer und Gelassenheit. Wir passen zu genau einem Planeten, darum werden wir es schaffen (müssen), nachhaltig zu leben.

Richi Blättler, 1964, Meilen



Als FGZ-Genossenschafter kämpfe ich dafür, dass der Friesenberg nicht bis 2050 komplett umgepflügt und gentrifiziert wird. Mit einseitiger Fixierung auf Ersatzneubau wird Netto Null bis 2040 weit verfehlt.

Stephan Schnidrig, 1971, Zürich 3+9



Gerechte Energiewende: Die energetische Sanierung von Gebäuden ist oft ohne Abriss möglich. Bei Casafair setze ich mich für soziale und ökologische Lösungen ein. Mobilität für alle: Wir müssen den öffentlichen Raum optimal nutzen. Fuss-, Velo- und öffentlicher Verkehr sind nachhaltig und allen zugänglich. Seeufer für alle: Das Seeufer in Wollishofen muss als Erholungs- und Freiraum erhalten bleiben. Ich bleibe dran!

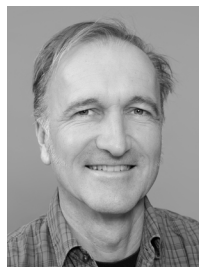
Olivia Romanelli, 1974, Zürich 1+2



Es braucht ein Bewusstsein dafür, dass die Agglomeration mehr ist als ein Nebenprodukt der Stadt. Sie ist nicht bloss ein Naherholungsraum für Städter:innen, sie hat eigenständige Vorteile, die es zu wahren gilt.

Robin Schwitter, 1985, Hinwil

Energiezulage in Uetikon am See



Ich bin etwas nervös an der Gemeindeversammlung in Uetikon am See. Der Saal ist rappellvoll, eine Redezeitbeschränkung von 3 Minuten

wurde eingeführt und bereits bei zwei Geschäften fand der Gegenvorschlag des Gemeinderats eine Mehrheit. Dann wird das Budget vorgestellt: Senkung des Steuersatzes, Einsparung bei der Sozialhilfe, die Rechnungsprüfungskommission kritisiert hohe Löhne – und mittendrin ich mit meinem Antrag für eine Energiezulage. Im richtigen Moment wedde ich mit dem Blatt und erhalte das Wort. Ich fordere total 40'000 bzw. 300 Franken pro Person als Zulage an die Nebenkostenabrechnung für alle, die Ergänzungsleistungen beziehen. Denn Mietende müssen je nach Akontozahlung, Grösse der Wohnung und Isolation mit 500 bis zu über 1000 Franken an Nachzahlungen rechnen. Vielen im Saal scheint unklar, wer warum Ergänzungsleistungen bezieht und wie deren Situation aussieht. Es werden kurze Voten dagegen und dafür gehalten, ich wehre mich gegen die falschesten Argumente, der Gemeinderat ist dagegen und verweist auf den Teuerungsausgleich für die AHV. Dann wird abgestimmt und mein Antrag wird mit 155 zu 93 Stimmen angenommen. Über 100 Menschen, meist Ältere, mit wenig Vermögen und einem kleinen Einkommen erhalten also einen Beitrag an die horrenden Energierechnungen. Ich hoffe, die Betroffenen fühlen sich dadurch entlastet und in dieser Krise weniger allein gelassen. Ist dies ein kleiner Schritt in Richtung Verständnis für den Begriff der Klimagerechtigkeit? Ich hoffe es.

Eine Solarinitiative wurde abgelehnt, die Steuersenkung bringt den Reichsten eine Million Steuereinsparungen und das Budget weist noch immer einen Gewinn von 1,5 Millionen auf. Mein gut gekleideter Sitznachbar gratuliert zur gewonnenen Abstimmung und raunt dann: "Das ist ein ganz gefährlicher Antrag, das weckt Begehrlichkeiten."

Ob es die Goldküste jemals schafft, vom luxuriösen Lebensstil wegzukommen?

Richi Blättler, Soziologe,
Kandidat Meilen

Gehorsam über alles

Ein in sich geschlossenes System, das losgelöst von der Stadtverwaltung städtische Prozesse im Personalbereich umgeht und nach eigenen Regeln funktioniert – so beschreibt der Administrativuntersuchungsbericht die Stadtpolizei Winterthur. Grund der Untersuchung waren zwei Suizide im Team der Quartierpolizei im Sommer 2021 und Winter 2022.

Überraschend ist dieses Bild der Stadtpolizei nicht. Trotzdem gab es in der Vergangenheit keine ernstzunehmenden Bestrebungen, die Stadtpolizei transparenter zu machen und zu kontrollieren. Die Untersuchung legt ein stark hierarchisches Führungsverständnis offen, welches auf Befehl und Gehorsam sowie einem übertriebenen Loyalitätsverständnis beruht.

Obwohl die Quartierpolizisten bereits nach dem ersten Suizid Kritik übten und Veränderungen forderten, passierte nichts. Weder das Kommando noch der Stadtrat hörten auf sie. Erst nach dem zweiten Suizid zog man systemische Ursachen in Betracht und leitete unter dem Druck der Öffentlichkeit eine Untersuchung ein.

Den vollen Bericht zur Untersuchung konnte weder die Öffentlichkeit noch die zuständige Kommission einsehen. Der

Stadtrat kommunizierte Ende November, dass keine personalrechtlichen Verstösse vorlägen und mit dem neuen Kommandanten ein Kulturwandel angestrebt werde. Um die langjährigen missbräuchlichen Machtstrukturen der Stadtpolizei aufzubrechen, braucht es jedoch mehr als Wertebekundungen. Es braucht eine externe Beratung, die zusammen mit den Verantwortlichen neue Strukturen aufbaut und Transparenz schafft. Die Verantwortung für diese Aufgabe darf auf keinen Fall allein dem neuen Kommandanten übertragen werden.

Die AL Winterthur fordert ernsthafte strukturelle Veränderungen. Denn im Kontext dieser Suizide zeigt sich die Dominanzkultur der Stadtpolizei, die auch auf der Strasse beispielsweise bei Racial Profiling mit verdachtsunabhängigen Personenkontrollen sichtbar wird. Es braucht endlich einen breiteren Diskurs darüber, was Winterthur sicherer für alle macht. Seien dies aufsuchende Sozialarbeiter:innen wie in der Stadt Zürich, die in Not- oder Konfliktsituationen vermitteln, oder ein Quittungssystem bei Polizeikontrollen.

Sarah Casutt, AL-Stadtparlamentarierin Winterthur

Eine Niederlage als Anfang

In Dietikon sollen in nächster Zeit einige Gestaltungspläne mit baulicher Mehrausnutzung genehmigt werden. Der erste davon, der Gestaltungsplan Lägerstrasse der Swiss Life, sah keinen Anteil an Wohnungen in Kostenmiete vor.

Dass wir dagegen das Referendum ergriffen, war nur konsequent. Mit 37.7 % Nein-Stimmen erzielten wir zwar ein respektables Resultat, verfehlten die Mehrheit aber dennoch klar.

Dies hat meiner Meinung nach verschiedene Gründe. Wer in Dietikon keine Lokalzeitung liest, hat keinen Einblick in die kommunale Politik. Auch die Abstimmungszeitung war nicht gerade zu unseren Gunsten gestaltet: Die Stellungnahme des Referendumskomitees war erst auf der letzten Seite (Seite 13!) zu finden.

Wer liest eine so umfangreiche Weisung schon bis zum Schluss?

Merkwürdig war auch das Verhalten der SP. Im Gemeinderat enthielten sich ihre Vertreter:innen der Stimme. Die Mitgliederversammlung fasste dann zwar die Nein-Parole, diese wurde aber kaum publik gemacht. Noch schlimmer die Grünen: Sie beschlossen, wohl auf Betreiben ihres Stadtrats, gar die Ja-Parole.

Trotz der Abstimmungsniederlage ist es uns gelungen, eine wichtige Debatte auf die politische Agenda zu setzen. Wir bleiben am Thema dran!

Ernst Joss, AL-Gemeinderat Dietikon

Rettungsschirme für Menschen



Die Corona-Krise hat gezeigt: politische Entscheidungen können sehr schnell umgesetzt werden, wenn es die Situation verlangt. Hilfspakete wurden rasch und unkompliziert geschnürt und Geld ausbezahlt.

Wiederholt hat sich das Szenario, als es auf dem Energiemarkt zu hohen Preisaufschlägen kam: Über systemkritische Stromunternehmen wurde ein Rettungsschirm aufgespannt. Zack.

Für Bewohnerinnen und Bewohner dieses Landes bzw. dieses Kantons, die allemal systemkritischer als jegliche Stromunternehmen sind, gibt es: Nichts. Ausser: Inflation, Teuerung, Prämien-schock, steigende Energiekosten, steigende Mieten und stagnierende Löhne. Eine solch mehrfache Kostenexplosion bringt Menschen mit geringen und mittleren Einkommen schnell in existenzielle Not. Das ist inakzeptabel. Weil ihr Einkommen unter dem Existenzminimum liegt, haben

laut Sozialbericht 2021 des Kantons Zürich 6.9% der Bevölkerung, also 107'903 Menschen bedarfsabhängige Sozialleistungen bezogen. Wissenschaftlichen Schätzungen zufolge beziehen allerdings 30% bis 50% der Bezugsberechtigten keine Sozialhilfe. Die Zahl der Armutsbetroffenen liegt also wesentlich höher als 6.9%. Für all diese Menschen, die besonders unter dem Kaufkraftverlust leiden, ist kein Rettungsschirm vorgesehen.

Deshalb habe ich gemeinsam mit CSP und Grünen eine parlamentarische Initiative eingereicht, welche die kantonale Gesetzesgrundlage schafft, um Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen in Krisensituationen rasch entlasten zu können. Begleitend haben wir eine Erklärung zum konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan eingebracht. Diese KEF-Erklärung wurde während der kantonsrätlichen Budgetdebatte diskutiert und die bürgerlichen Parteien machten einmal mehr deutlich, für wen sie einstehen: nicht für Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind.

Melanie Berner, AL-Kantonsrätin

"Wäm sini Strasse?"



Letzten Mai stellte ich im Rat ein Postulat von Olivia Romanelli und Simone Brander vor, das mehr Fussverkehrszonen fordert. Während der Debatte kritisierte der GLP-Fraktionspräsident

meine Überzeugung, die Aufenthaltsqualität auf der Strasse durch mehr Fussverkehrszonen zu erhöhen, als Widerspruch, da die betroffenen Zonen eben gerade keine Strassen mehr seien. Ich verzieh ihm die Verwechslung der Begriffe «Strasse» und «Auto-Fahrbahn» angesichts der Realität dieser Stadt.

Nicht nur Autos besetzen öffentlichen Strassenraum. Auch Werbung tut dies, zunehmend offensiv und vermehrt mit animierten Werbebildschirmen, welche die Aufmerksamkeit noch stärker auf sich ziehen als statische Plakate.

Drittens trägt auch die Gastronomie zur Kommerzialisierung und Privatisierung des öffentlichen Raums bei. So werden pandemiebedingte Ausnahmen,

deutlich grössere Aussenbereiche zu bestuhlen, zur Norm.

Die AL-Fraktion setzt sich dafür ein, dass die Strasse wieder vermehrt zu einem Ort wird, wo Menschen sich aufhalten, wo spontane Begegnungen entstehen, wo die Stadt lebt und erlebt werden kann – auch für all jene, die sich keine Konsumation leisten können oder wollen.

Was den Raumbedarf der Gastronomie betrifft, sind wir mit unserer Haltung in der Minderheit. Was aber die Einschränkung der Werbung und die Umwandlung von Autofahrbahnen und -abstellplätzen zu Orten des Aufenthalts sowie des Fuss- und Veloverkehrs betrifft, verfügen wir über knappe Mehrheiten, die es zu nutzen gilt.

Neben dem Postulat zum Moratorium neuer Werbebildschirme, das bereits im September überwiesen wurde, berät das Parlament nächstens den Abbau bestehender Screens. Der Stadtrat gibt sich derweil unbeeindruckt und bewilligt (gemäss Amtsblatt) Woche für Woche zusätzliche digitale Werbeflächen. Die Arbeit geht uns also nicht aus.

Michael Schmid, AL-Gemeinderat

Unbequem & links

5. Oktober: Die Gemeinderäte Moritz Bögli (AL) und Luca Maggi (Grüne) fordern mit Motion die Abschaffung von Bussen bei unbewilligten Demonstrationen.

6. Oktober: Gelungener Wahlkampfauftakt: Die Veranstaltung "AL im Exil" ist gut besucht von Jung und Alt und bringt Musikfans in Wallungen.

24. Oktober: Als Mitunterzeichnerin einer parlamentarischen Initiative fordert AL-Kantonsrätin Melanie Berner Steuergutschriften, um die Kaufkraft von Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen und wenig Vermögen zu erhalten.

2. November: Gemeinderat überweist das Postulat 2021/465 von David Garcia Nuñez und Willi Wottreng für eine polizeiunabhängige Kontrollinstanz, um bei Zwangsausschaffungen am Flughafen die Einhaltung der Menschenrechte zu garantieren.

9. November: Mit einer dringlichen schriftlichen Anfrage und einem Postulat verlangen AL und Grüne vom Stadtrat Rechenschaft für die Räumung des besetzten ewz-Kesselhauses.

11. November: Quatschen, Lachen, Schlemmen, Tanzen: Wahlkampf-kasse und Publikum erfreuen sich am gelungenen AL-Benefizdinner im Noerd.

14. November: AL-Kantonsrat Manuel Sahli kritisiert ungenügende Busanschlüsse bei Landbahnhöfen und erkundigt sich nach der Strategie des ZVV zur Entwicklung des ÖV ausserhalb der grossen Städte.

23. November: Für eine ganzheitliche Gesundheitsversorgung: Der Gemeinderat setzt eine AL-Motion um und bewilligt einen Kredit für einen 4-jährigen Pilotversuch für einen flächendeckenden, niederschweligen interkulturellen Übersetzungs- und Dolmetscherdienst in den städtischen Gesundheitsinstitutionen.

1. Dezember: Stadtrat beantragt Umsetzung des im Juni überwiesenen AL-Postulats für eine Energiekostenzulage an Personen mit geringem Einkommen. An den Gemeindeversammlungen von Urdorf und Uetikon werden AL-Anträge für Energiezulagen an Bezüger:innen von Ergänzungsleistungen gutgeheissen.

Finanzen

Damit wir unbequem bleiben können, sind wir dankbar für jede Spende: Alternative Liste Zürich, IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5

Prämienexplosion? Züri pennt



Die Teuerung von 3,0%, explodierende Energiekosten und der massive Aufschlag von 7,1% bei den Krankenkassenprämien belasten das Budget unserer

Haushalte. Viele Menschen wissen nicht mehr, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen. Und ich spreche nicht nur von Haushalten mit tiefen Einkommen. Der Kostendruck ist bis tief in den Mittelstand spürbar. Laut einer Umfrage von *santésuisse* wird die Prämiensteigerung als eine der grössten Belastungen genannt, auch beim Schweizer Sorgenbarometer 2023 liegen Teuerung und Krankenkassenprämien weit vorne.

Santésuisse präsentiert Massnahmen zur Kostendämpfung. Eine davon, dass medizinisches Fachpersonal, wo vorhanden, zwingend Generika abgeben soll, unterstütze ich voll und ganz. In der AL-Gesundheitsgruppe gehen wir sogar einen Schritt weiter: Wir fordern Mitbestimmung der Gesellschaft bei den Forschungszielen und Abschaffung der Patentierung von Medikamenten. Im Kantonsrat kämpfen wir schon lange für einen Ausbau der individuellen Prämienverbilligung durch Ausweitung des Bezugskreises und höhere Kantonsbeiträge. Einer von drei Vorstössen von AL, SP, Grünen und EVP für ein Kaufkraftpaket verlangt eine Erhöhung des Kantonsbeitrags auf 120% des Bundesbeitrags. Hier beißen wir auf Granit. In der Budget-Debatte wurde nur schon eine Aufstockung von 92% auf 100% abgeschmettert.

Eine Erhöhung ist dringlich, bringt allein aber nicht die Lösung. Die Hilfe muss auch bei den Menschen ankommen, die sie dringend benötigen. Doch bereits heute werden nicht einmal die budgetierten Beträge voll ausgeschöpft. 2021 blieben 68 Millionen Franken liegen und 50'000 Menschen verloren ihren Verbilligungsanspruch. Für 2022 sieht es nicht viel besser aus. Geht das so weiter, können wir aufstocken, so viel wir wollen. Darum konzentrieren wir uns bei der AL vermehrt auch darauf, der Regierung beim Vollzug Beine zu machen.

Nicole Wyss, AL-Kantonsrätin

Stipendien? Züri pennt

Mit meiner Kandidatur will ich Menschen mit geringem Einkommen eine Stimme geben. Staatliche Unterstützung soll rasch und ohne unnötigen Bürokratie-Aufwand direkt bei den Betroffenen ankommen. Bei den Stipendien des Kantons ist das Gegenteil der Fall. Ein krasses Beispiel für #züripennt.

2015 hat der Kantonsrat eine Stipendienreform beschlossen. Auf der Webseite verkündet der Kanton vollmundig: «Die Verfahren werden vereinfacht und die Bemessung der Stipendien wird transparenter. Zudem werden künftig mehr junge Menschen in Ausbildung Zugang zu Ausbildungsbeiträgen erhalten, insbesondere auch aus der Berufsbildung.» Hehre Worte! Doch der Alltag der jungen Menschen, die Stipendiesuche stellen, sieht komplett anders aus. Zurzeit müssen sie 7 – 10 Monate auf einen Entscheid warten, Mitte November war es noch ein Jahr. Unerträglich lang für Menschen, die verzweifelt auf ihr Geld für Essen und Miete warten. Wie bei der Prämienverbilligung zeigt sich auch hier: Menschen mit kleinem Geldbeutel stehen nicht weit oben auf der Prioritätenliste des Regierungsrats.

Management by Steiner

Die überlangen Bearbeitungsfristen sind nicht neu. Bereits 2016 und 2017 wurde die 70-Tage-Vorgabe des Kantonsrats massiv überschritten. «Die Durchlaufzeit liegt markant über den Erwartungen», vermerkt der Geschäftsbericht 2016 - als ob es sich um ein Naturereignis handelte... Statt Remedur zu schaffen, beantragte die Regierung für die Budgets von 2018 bis 2021 einfach längere Bearbeitungszeiten. Im Kantonsrat fällt Silvia Steiner immer wieder dadurch auf, dass

sie bei der Umsetzung von Gesetzen und der Bearbeitung unliebsamer Vorstösse bummelt. Nach dem Reformbeschluss vom April 2015 dauerte es geschlagene fünf Jahre, bis die Regierung 2020 die Verordnung über die Ausbildungsbeiträge (VAB) erliess. Die Bildungsdirektion hatte also alle Zeit der Welt, den Vollzug umsichtig zu planen und Ressourcen und Logistik bereitzustellen.

Notfallübungen im Vorfeld der Wahl

Als die VAB Anfang 2021 in Kraft trat, war das zuständige Amt für Jugend und Berufsberatung (AJB) trotzdem völlig überfordert. Man hatte überhaupt nicht antizipiert, dass neu alle Gesuche bereits vor Beginn des Ausbildungsjahres einzureichen sind. Im ersten Halbjahr 2021 stieg die Zahl der Anträge um 40 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Das bereits zuvor knapp dotierte AJB hatte schlicht zu wenig Personal, um die Gesuche fristgerecht abzuarbeiten. Bereits im Oktober 2021 dauerten die Wartezeiten sechs bis sieben Monate. Mit dringlichen Vorstössen, einer Interpellation im Dezember 2021 und einer Anfrage im Juli 2022, machten Kantonsrätinnen von SP, Grünen und AL Druck. Auch die nahenden Wahlen zeigten Wirkung. Ab Juli 2022 wurden 15 Personen befristet eingestellt. Bei der Beratung des Budgets 2023 stockte der Kantonsrat nochmals auf, um endlich die für 2024 (!) anvisierte Durchlaufzeit von 50 Tagen zu erreichen.

Ein krasser Fall von #züripennt. Das will ich ändern.

Anne-Claude Hensch, AL-Kantonsrätin und -Regierungsratskandidatin

Züri pennt bei Stipendien und Chancengerechtigkeit.